

Sächsische Gastro-Branche prüft rechtliche Schritte gegen Corona-Beschränkungen

Die sächsische Wirtschaft reagiert mit Kritik auf die neuen Corona-Beschränkungen. Der Hotel- und Gaststättenverband kündigte an, rechtliche Schritte zu prüfen. „Es geht um das wirtschaftliche Überleben der 9500 Betriebe im Freistaat“, sagt Dehoga-Hauptgeschäftsführer Axel Klein.

Leipzig

Scharfe Kritik an den neuen Corona-Beschränkungen kommt aus der sächsischen Wirtschaft. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) in Sachsen kündigte an, gemeinsam mit den anderen Landesverbänden auf einer Bundeskonferenz rechtliche Schritte zu prüfen. „Es geht um das wirtschaftliche Überleben der 9500 Betriebe im Freistaat mit ihren zusammen 60 000 Beschäftigten“, sagte gestern Hauptgeschäftsführer Axel Klein. Die Maßnahmen seien „ein harter Eingriff“ in die unternehmerische Tätigkeit der Gaststätten und Beherbergungsfirmen. „Sie sind für viele existenzbedrohend“, sagte Klein. Die angekündigten Regelungen träfen ausgerechnet die Branche, „die bereits viel unternommen hat im Kampf gegen die Corona-Pandemie“.

Ohne jegliche Differenzierung alle Unternehmen über einen Kamm geschert

Als „Ausdruck der Hilflosigkeit“ bewerte Dietrich Enk, Präsident des Unternehmerverbandes Sachsen, die Einschnitte. Ohne jegliche Differenzierung würden alle Unternehmen über einen Kamm geschert und „ein Mega-Schaden verursacht“. Der Verbandschef verwies darauf, dass gerade die Gastronomie in vorbildlicher Weise die Hygienekonzepte umgesetzt habe, wobei viel Geld investiert worden sei. Enk verwies darauf, dass etwa in seinen Restaurants (Max Enk und Pilot) alle Gäste und Mitarbeiter die Auflagen konsequent und diszipliniert eingehalten hätten. Daher stehe die Gastronomie nicht im Vordergrund des Infektionsgeschehens. Die Politik habe es vielmehr versäumt, nach den Lockerungen des ersten Lockdowns zukunftsweisende Konzepte zu finden. Zudem habe es zu wenig Kontrollen gegeben.

Öffentlichen Hände müssen Investitionen vorziehen, um Arbeitsplätze zu sichern

Ähnlich äußerte sich Claus Gröhn. Der Lockdown im Frühjahr habe offenkundig nichts gebracht, meinte der Präsident der Handwerkskammer Leipzig. Die Politik sei auf die zweite Welle nicht vorbereitet gewesen. Gröhn sagte, auch im regionalen Handwerk mit seinen 12 000 Betrieben zeichneten sich dunkle Wolken ab. Das gelte auch für den bislang boomenden Bau. „Die öffentlichen Hände müssen daher Investitionen vorziehen, um Arbeitsplätze zu sichern“, verlangte der Kammerchef. Es gebe einen enormen Nachholbedarf etwa bei Schulen und Kitas. „Wenn hier nicht rasch etwas geschieht, werden wir im Januar wöchentlich feststellen müssen, dass viele Jobs verloren gehen.“ Das müsse unbedingt vermieden werden. Von der Ankündigung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), Deutschland solle mit „Wumms“ und Milliardenhilfen aus der Wirtschaftskrise kommen, „spüren wir hier nichts“. Die neuen Verschärfungen führten dazu, dass die

Menschen unsicher und nervös würden. Ein falscher Kurs, „denn Wirtschaftspolitik besteht zu 50 Prozent aus Psychologie“, sagte Gröhn.

Bearbeitungsstau bei Genehmigungen hat teilweise zu großen Verzögerungen geführt

Dagegen begrüßte Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des in Leipzig ansässigen Bauindustrieverbandes Ost, dass das produzierende Gewerbe und auch die Bauwirtschaft weiter ihre Tätigkeit ausüben können. Damit der Baustellenbetrieb reibungslos laufen könne, „ist es jedoch dringend erforderlich, dass die Prozesse in den Bauverwaltungen ohne Einschränkungen funktionieren“. Vor allem der Bearbeitungsstau bei Genehmigungen habe in den vergangenen Monaten teilweise zu großen Verzögerungen geführt.

Von Ulrich Milde und Ulrich Langer